

Antrag

der Abgeordneten Franz Thönnies, Dr. Rolf Mützenich, Christoph Strässer, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Viola von Cramon-Taubadel, Volker Beck (Köln), Ute Koczy, Tom Koenigs, Marieluise Beck (Bremen), Agnes Brugger, Ingrid Hönlinger, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Memet Kilic, Jerzy Montag, Kerstin Müller (Köln), Omid Nouripour, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umfassende Modernisierung und Respektierung der Menschenrechte in Aserbaidschan unabdingbar machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zwischen der Europäischen Union und Aserbaidschan bestehen vielfältige Beziehungen in den Feldern Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Seit 2009 finden weite Teile der europäischen Zusammenarbeit mit Aserbaidschan im Rahmen der Östlichen Partnerschaft (ÖP) der EU statt, deren Gründungsmitglied Aserbaidschan ist. Die Europäische Nachbarschaftspolitik verfolgt mit der ÖP das Ziel einer weitreichenden Annäherung zwischen den Partnerländern und der EU und unterstützt in diesem Kontext umfassende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen in den jeweiligen Ländern. Seit 2010 führt die EU mit Aserbaidschan Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen. Ziel ist eine vertiefte und partnerschaftliche Kooperation der EU mit einem demokratischen und rechtsstaatlichen Aserbaidschan. Schon jetzt ist Aserbaidschan insbesondere in ökonomischer Hinsicht ein wichtiger Partner der EU in der Region des südlichen Kaukasus. Stabilität und Weiterentwicklung der Beziehungen sind in beiderseitigem Interesse. Eine umfassende Modernisierung Aserbaidschans ist hierfür unabdingbar.

Für den Modernisierungsprozess Aserbaidschans stellt der andauernde Konflikt mit Armenien um die Region Berg-Karabach eine große Belastung dar. Die massive militärische Aufrüstung der Konfliktparteien und die steigenden Rüstungsausgaben Aserbaidschans gefährden das Zusammenleben in den einzelnen Staaten wie der Region insgesamt. Die fortwährende Kriegsrhetorik lenkt vom dringenden Erfordernis der Durchsetzung demokratischer Standards und gesamtgesellschaftlichen Wohlstands ab. In Bezug auf den Konflikt um Berg-Karabach unterstützt der Deutsche Bundestag die Arbeit der Minsk-Gruppe der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Nur mit friedlichen Mitteln und multilateralen Institutionen ist dieser Konflikt dauerhaft zu lösen. Gespräche und Dialogbereitschaft mit allen Beteiligten können einen

Weg aus diesem Konflikt weisen, Beschuldigungen in beide Richtungen jedoch sicher nicht. Wie in den „Madrid Principles“ gemeinsam mit den beteiligten Partnern der OSZE vereinbart, wäre der Beginn des Rückzugs der armenischen Truppen aus den angrenzenden Gebieten um Berg-Karabach ein wichtiges Signal für den ersten Schritt zur Erarbeitung einer langfristigen Friedenslösung, die sowohl dem Anspruch Aserbaidschans auf territoriale Integrität als auch dem Selbstbestimmungsrecht der Menschen in Berg-Karabach Rechnung trägt. Der Deutsche Bundestag befürchtet, dass die Bereitschaft zu Kooperation und Kompromissfindung unzureichend ist, und bedauert den jahrelangen Stillstand der Verhandlungen zur Konfliktbeilegung. Die EU sowie die Akteure der OSZE-Minsk-Gruppe müssen entschlossener handeln und mehr Druck auf die Konfliktparteien ausüben, um die Verhandlungen endlich mit neuem Leben zu füllen und eine beständige Reproduktion von nationalistischen Feindbildern in kommenden Generationen zu verhindern.

In den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Aserbaidschan, die durch ihre wechselseitige Abhängigkeit geprägt sind, ist die stärkere Nutzung von Synergiepotenzialen geboten. Für die EU gehört Aserbaidschan zu den bedeutendsten Lieferanten und wichtigsten Transitländern fossiler Rohstoffe. Für Aserbaidschan wiederum sind die EU-Mitgliedstaaten wichtigste Abnehmer von Exportgütern und Handelspartner. Aserbaidschan ist auf europäische Unterstützung bei der Modernisierung und breiteren Aufstellung seiner Wirtschaft angewiesen. Für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung des Landes werden Alternativen zu einer auf dem Export fossiler Rohstoffe basierten Wirtschaft benötigt. Hier könnte die EU gemeinsam mit Aserbaidschan Kooperationsprojekte zur Förderung erneuerbarer Energien und größerer Energieeffizienz ins Leben rufen, von denen beide Seiten profitieren würden, und stärker auf die Einhaltung internationaler Umwelt- und Sozialstandards drängen.

Nach wie vor besteht jedoch bei den politischen und wirtschaftlichen Eliten Aserbaidschans kein ernsthaftes Interesse an wirtschaftlicher Diversifizierung. Die erhebliche Abhängigkeit Aserbaidschans vom Erdöl- und Erdgasexport dauert an. Einseitig wird auf die Abschöpfung von Gewinnen aus dem Rohstoffexport statt auf Modernisierung und Nachhaltigkeit gesetzt. Die Folgen sind marode und erneuerungsbedürftige Industrieanlagen, eine veraltete Infrastruktur, beträchtliche Umweltschäden und das weitgehende Brachliegen ganzer Produktionszweige. In Aserbaidschan investierende Unternehmen sind weiterhin mit einem Mangel an Rechtssicherheit konfrontiert. Problematisch bleibt darüber hinaus die mangelnde Bekämpfung von Klientelismus und Korruption, die in Aserbaidschan strukturelle Ausmaße annehmen. Die daraus entstehenden Mehrkosten bedeuten für das Land gesamtwirtschaftliche Wohlstandsverluste und behindern den Ausbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Modernisierungsbedürftig sind des Weiteren das Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssystem des Landes. Massive Korruption steht auch hier der Effektivität der vorhandenen Einrichtungen entgegen und untergräbt die Chancengleichheit. So kommen die Einnahmen aus dem Rohstoffsektor in erster Linie den autokratischen Eliten des Landes zu gute, die breite Bevölkerung profitiert nicht davon. Die erhebliche soziale Schieflage wird dadurch verfestigt, dass die wachsenden privaten Bildungsangebote nicht für alle erschwinglich sind, während die Qualität des öffentlichen Bildungssektors sinkt. Von sozialem Ausschluss sind insbesondere Frauen betroffen, denen es zunehmend schwerer fällt, in Führungspositionen aufzusteigen. Die Gesundheitsversorgung ist für große Teile der Bevölkerung mangelhaft.

Der Deutsche Bundestag bedauert, dass in den zurückliegenden Jahren kaum Fortschritte Aserbaidschans in den Bereichen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verzeichnet werden konnten. Stattdessen sind ein zunehmend autoritärer Kurs der aserbaidschanischen Staatsführung und die systematische Un-

terdrückung oppositioneller Kräfte festzustellen. Sowohl die Präsidentschaftswahlen 2008 als auch die Parlamentswahlen 2010 waren durch schwerwiegende Verstöße gegen internationale Standards für demokratische Wahlen und aserbaidsschanisches Recht gekennzeichnet. Wahlbeobachtungsmissionen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stellten erhebliche Unregelmäßigkeiten und Manipulationen vor, während und nach den Wahlvorgängen fest. Zu kritisieren sind insbesondere die Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Behinderung einer unabhängigen Berichterstattung sowie die Benachteiligung oppositioneller Kandidatinnen und Kandidaten, wobei Frauen insgesamt in der aserbaidsschanischen Politik nach wie vor deutlich unterrepräsentiert sind. Seit 20 Jahren haben keine freien und fairen Wahlen in Aserbaidsschan stattgefunden. Die im Jahr 2009 von Präsident Ilham Aliyev durchgesetzte Möglichkeit zur unbegrenzten Verlängerung seiner Amtszeit ist ein schwerer Rückschlag für die demokratische Entwicklung des Landes.

Mit Blick auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen 2013 sollte sich die internationale Gemeinschaft frühzeitig darum bemühen, dass demokratische Verfahren strikt eingehalten und durch die OSZE, insbesondere im Rahmen einer Langzeit-Wahlbeobachtungsmission, überwacht werden. Zu befürchten ist darüber hinaus, dass im Vorfeld der Wahlen militaristische und nationalistische Äußerungen zunehmen. Auch deshalb muss auf internationaler Ebene mehr Druck ausgeübt und deeskalierende Maßnahmen eingefordert werden.

Zu den drängendsten Herausforderungen im Bereich Rechtsstaatlichkeit zählt nach wie vor die Unabhängigkeit des aserbaidsschanischen Justizwesens. Zweifel bestehen hier insbesondere bei der Ernennung von Richterinnen und Richtern sowie bei der Urteilsfindung. Erforderlich sind umfassende Justizreformen, denn ohne ein souveränes, berechenbares und transparentes Rechtssystem kann es weder eine politische noch eine nachhaltige wirtschaftliche Modernisierung des Landes geben.

Für eine umfassende Modernisierung Aserbaidsschans ebenso unentbehrlich ist eine selbstbewusste und vielfältige Zivilgesellschaft. Die Regierungspolitik zielt jedoch auf deren Marginalisierung ab. Die Menschenrechtslage hat sich in den letzten Jahren weiter verschlechtert. So sind die Meinungs- und Versammlungsfreiheit stark eingeschränkt. Regierungskritischen Kundgebungen wird die Genehmigung verweigert, Proteste werden häufig gewaltsam aufgelöst, die Teilnehmenden verhaftet und in verkürzten Verfahren zu teilweise mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Besorgniserregend ist insbesondere die Zunahme der Inhaftierungen von, häufig jugendlichen, Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten. Immer wieder kommt es zur Misshandlung und Folter von Inhaftierten, was in einigen Fällen den Tod der Betroffenen zur Folge hatte. Trotz einer Amnestie befinden sich weiterhin zahlreiche Personen in politischer Haft, wie auch der Bericht des Sonderberichterstatters der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über politische Gefangene festgestellt hat. Nichtregierungsorganisationen und oppositionelle Parteien sind mit wachsenden Schwierigkeiten bei der Registrierung konfrontiert, was ihre Arbeitsfähigkeit drastisch einschränkt. In der Hauptstadt Baku werden regelmäßig gesetzwidrige Enteignungen sowie Zwangsräumungen durchgeführt und private Wohnhäuser zerstört. Der Schutz von Menschen vor Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität ist nach wie vor unzureichend.

Die modernisierungsfeindliche Politik der Regierung Ilham Aliyev findet ihren Niederschlag auch im Umgang mit kritischen Stimmen in den Medien. Aserbaidsschan gehört zu den Ländern, in denen die Medien am wenigsten frei sind. Im weltweiten Vergleich nimmt Aserbaidsschan in der Rangliste der Pressefreiheit der Organisation Reporter ohne Grenzen unter 179 Staaten den 162. Platz ein. TV- und Radiosender können nicht unabhängig berichten und

werden umfassend vom Staat kontrolliert. Journalistinnen und Journalisten werden ebenso wie Onlineaktivistinnen und -aktivisten bei ihrer Arbeit durch die Behörden behindert und müssen mit willkürlichen Verhaftungen sowie Misshandlungen rechnen. Sie werden massiv bedrängt, ihre Ausrüstung beschlagnahmt oder zerstört und in politisch motivierten Prozessen unter Vorwänden verurteilt. Mehrere Medienvertreterinnen und -vertreter befinden sich in Haft. Der anhaltende staatliche Druck auf die beiden letzten oppositionellen Zeitungen, Azadlıq und Yeni Müsavat, entzieht diesen zunehmend ihre wirtschaftliche Grundlage und stellt einen schweren Angriff auf die Pressefreiheit dar.

Der Deutsche Bundestag hat den 2001 erfolgten Beitritt Aserbaidschans zum Europarat begrüßt. Mit seinem Beitritt hat sich Aserbaidschan der Gewährleistung von Grund- und Menschenrechten sowie zur Einhaltung von demokratischen und rechtsstaatlichen Standards verpflichtet. Es bestehen jedoch angesichts der andauernden Repressionen erhebliche Zweifel daran, dass die Führung Aserbaidschans bereit ist, europäische Werte, wie sie in der Satzung des Europarates verankert sind, zu respektieren und in die politische Praxis umzusetzen. In diesem Zusammenhang unterstreicht der Bundestag seine Auffassung, dass das Vorgehen Aserbaidschans gegen die Tätigkeit des Sonderberichterstatters der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über politische Gefangene inakzeptabel ist. Die seit Jahren andauernde Weigerung, dem Sonderberichterstatter ein Einreisevisum auszustellen, gegen ihn und weitere Versammlungsmitglieder gerichtete persönliche Angriffe sowie Versuche Aserbaidschans, der Parlamentarischen Versammlung die Zuständigkeit für politische Gefangene zu entziehen, behindern nicht nur die bestimmungsgemäße Arbeit des Europarates, sondern gefährden seine Glaubwürdigkeit insgesamt.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Auffassung, dass Offenheit und Pluralismus unabdingbare Voraussetzungen für das langfristige und stabile Zusammenleben in einer Gesellschaft sind. Unterdrückung führt dazu, dass sich eine Gesellschaft nicht in ihrer ganzen Vielfalt artikulieren kann. Sie verschleiert Missstände, bis diese sich so verdichtet haben, dass das gesamte politische System erschüttert wird. Indem die aserbaidschanische Staatsführung auf Repressionen und die Festigung autoritärer Strukturen setzt, schadet sie sowohl den eigenen Wirtschafts- und innerstaatlichen Stabilitätsinteressen als auch dem Ruf Aserbaidschans und seinen internationalen Beziehungen. Der derzeitige politische Kurs der aserbaidschanischen Regierung unter Präsident İlham Aliyev steht dem weiteren Ausbau der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union im Weg. Die Durchführung von politischen Reformen und eine aktive Bereitschaft zur Einleitung eines gesellschaftlichen Wandels sind Voraussetzungen für eine weitere Annäherung an die europäische Wertegemeinschaft.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, im bilateralen wie im europäischen Dialog mit der aserbaidschanischen Staatsführung deutlich entschiedener die Wahrung von Grund- und Menschenrechten sowie demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien einzufordern und sich für ein abgestimmtes Handeln der EU diesbezüglich einzusetzen. Insbesondere gilt es, diejenigen Kräfte in Aserbaidschan, die sich zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten bekennen, durch die Förderung grenzüberschreitenden Austauschs zu unterstützen. Die Entwicklungszusammenarbeit mit Aserbaidschan im Rahmen der im Jahr 2001 unter der rot-grünen Bundesregierung initiierten Kaukasus-Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) muss stärker auf Fortschritte bei der Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie im Bereich der Menschenrechte drängen. Über Rechtsstaatlichkeit und Demokratie hinaus bietet die Kaukasus-Initiative einen tragfähigen Rahmen, um nachhaltiges Wirtschaften, Umweltschutz und die klima- und zukunftsgerechte Lösung von Energiefragen in Aserbaidschan zu fördern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- eine abgestimmte Politik auch und gerade mit Blick auf die Lage der Menschenrechte in Aserbaidschan zu formulieren und gemeinsam zu praktizieren; hier muss endlich eine klare Linie erkennbar werden;
- gegenüber aserbaidischen Stellen die Notwendigkeit der Respektierung und Förderung der Grund- und Menschenrechte aller Bürgerinnen und Bürger, der Einleitung demokratischer und rechtsstaatlicher Reformen sowie eines aktiven Kampfes gegen Korruption für eine weitere Annäherung an die Europäische Union zu betonen;
- für ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei Maßnahmen einzutreten, welche eine Behebung rechtsstaatlicher Defizite, Schritte zur Demokratisierung und eine Stärkung der aserbaidischen Zivilgesellschaft unterstützen sollen;
- bilateral sowie gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten darauf zu drängen, dass die Regierung Aserbaidschans bereits ausgehandelte Teile des Assoziierungsabkommens mit der EU einhält und entsprechende Reformen einleitet;
- sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass transparente, überprüfbare und zeitlich fixierte Zielvorgaben zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte, insbesondere hinsichtlich Medien-, Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, in das Assoziierungsabkommen mit Aserbaidschan aufgenommen werden;
- in der bilateralen und europäischen Zusammenarbeit mit Aserbaidschan Maßnahmen zur Förderung der Pressefreiheit zu entwickeln, um den staatlichen Druck von den oppositionellen Zeitungen zu nehmen und unabhängige Fernsehsender zu schaffen;
- sich für mehr internationalen Druck, insbesondere seitens der Mitglieder der Minsk-Gruppe der OSZE, auf die Konfliktparteien des Berg-Karabach-Konfliktes einzusetzen und in enger Abstimmung mit den internationalen Akteuren ein Ende von Kriegsrhetorik und militärischer Aufrüstung, die Einleitung vertrauensbildender Maßnahmen sowie den Beginn von ernsthaften Verhandlungen zur Konfliktbeilegung einzufordern;
- die aserbaidische Regierung auf ihre aus der Mitgliedschaft im Europarat und in der OSZE erwachsenden Verpflichtungen hinzuweisen;
- mit Blick auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen darauf zu drängen, dass die Regierung Aserbaidschans die in der Vergangenheit von OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen festgestellten Probleme und Defizite behebt, und sich im Rahmen der OSZE für die Durchführung einer Langzeit-Wahlbeobachtungsmission in Aserbaidschan einzusetzen;
- sich auch auf höchster politischer Ebene für die sofortige Freilassung und Rehabilitierung der inhaftierten Medienvertreterinnen und -vertreter und aller politischen Gefangenen einzusetzen und die Umsetzung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte anzumahnen;
- gegenüber der Regierung Aserbaidschans ihre Besorgnis über die zunehmende Inhaftierung von Jugend- und Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten sowie die Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit zum Ausdruck zu bringen und die vollständige und transparente Aufklärung von Misshandlungen durch Staatsbedienstete einzufordern;
- die aserbaidische Regierung zu überzeugen, mehr Mittel in den öffentlichen Bildungssektor zu investieren, Korruption im Bildungssektor zu bekämpfen, die Qualität der Bildung zu steigern, auch nichttechnische Studiengänge zu fördern und die Teilhabemöglichkeiten zu vergrößern;

- sich dafür einzusetzen, dass aserbajdschanischen Studierenden, die aufgrund des Eintretens für europäische Werte zwangsweise exmatrikuliert wurden oder anderen Repressalien ausgesetzt sind, Studienmöglichkeiten innerhalb der EU angeboten werden und dabei auch die Vergabe entsprechender Stipendien geprüft wird;
- sich auf europäischer Ebene für eine Lockerung der EU-Visabestimmungen einzusetzen, um insbesondere den zivilgesellschaftlichen Austausch und Begegnungen mit den demokratischen Gesellschaften Europas zu erleichtern, wobei auch die Sicherheitsinteressen Deutschlands und der EU nicht außer Acht gelassen werden dürfen;
- in diesem Sinne auch und schon im Vorfeld einer Visaliberalisierung auf EU-Ebene sicherzustellen, dass bei der Vergabe von Visa durch deutsche Auslandsvertretungen vorhandene Spielräume im Rahmen des geltenden EU-Rechts genutzt werden;
- in Abstimmung mit den EU-Mitgliedstaaten Aserbaidschan anzubieten, den Prozess der wirtschaftlichen Diversifizierung – insbesondere die Förderung von Alternativen zum Export fossiler Rohstoffe, den Ausbau erneuerbarer Energien und die Erhöhung der Energieeffizienz – durch Kooperationsprojekte, den Aufbau von Kapazitäten vor Ort sowie durch Wissens- und Technologietransfer zu unterstützen;
- in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Kaukasus-Initiative entschiedener auf Fortschritte im Bereich der Menschenrechte und bei der Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu drängen, Aserbaidschan verstärkt beim Aufbau funktionsfähiger Institutionen zu unterstützen und durch Dezentralisierungsmaßnahmen sowie Förderung zivilgesellschaftlicher Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen Demokratisierungsprozesse auf allen Ebenen zu stärken;
- im Rahmen der Kaukasus-Initiative des BMZ in der Zusammenarbeit mit Aserbaidschan Fragen von Korruption und Intransparenz, insbesondere im Rohstoffsektor, zu adressieren; auf die Einhaltung von sozialen, ökologischen und Menschenrechtsstandards und auf angemessene Beteiligung der lokalen Bevölkerung an den Gewinnen im Rohstoffsektor zu drängen; Aserbaidschans Bemühungen um Transparenz im Rohstoffsektor als Land, das die Anforderungen der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) erfüllt, zu unterstützen und die aserbajdschanischen Akteurinnen und Akteure zu ermutigen, verbindliche Transparenzstandards im Rohstoffsektor zu verankern.

Berlin, den 26. Februar 2013

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion
Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

